Kleine Anfrage mit Antwort

Wortlaut der Kleinen Anfrage

der Abgeordneten Brigitte Somfleth (SPD), eingegangen am 06.07.2011

Konsequenzen aus der Koordination der Sommerferientermine zwischen Niedersachsen und seinen benachbarten Bundesländern

Nach den langfristigen Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz (KMK) über die Sommerferientermine sind die niedersächsischen Sommerferien im Jahr 2012 für den Zeitraum vom 23.07.2012 bis zum 31.08.2012 vereinbart. Im angrenzenden Bundesland Hamburg werden die Sommerferien vom 21.06.2012 bis zum 01.08.2012 stattfinden, sodass die Überschneidung der Ferientermine zwischen Niedersachsen und Hamburg mit nur zehn Tagen unterdurchschnittlich ist. Die nicht parallel liegenden Ferientermine führen für Familien, die in der Metropolregion Hamburg leben und in denen Elternteile in Hamburg arbeiten, zum Teil zu starken Belastungen. Dies betrifft vor allem in Hamburg tätige Lehrerinnen und Lehrer, die in Niedersachsen wohnen und deren Kinder in Niedersachsen zur Schule gehen. Ebenso sind andere Berufsgruppen betroffen, die von Schulferienterminen indirekt abhängig sind. Auch sie können ihre Kinder während des Zeitraums der niedersächsischen Schulferien nicht selbst betreuen, da in Hamburg die Schule bereits am 01.08.2012 wieder beginnt.

Die unterschiedliche Länge der Überschneidung der Ferienzeiten, die eine folgerichtige Konsequenz aus einer sinnvollen Koordination durch die KMK ist, hatte lange Zeit keine negativen Auswirkungen auf den Personenkreis der nun betroffenen Familien; denn für Lehrerinnen und Lehrer, die in Niedersachsen wohnten und in Hamburg arbeiteten, galt eine Ausnahmeregelung. Ihre Kinder durften damals, auch nach der Kündigung des Gastschulabkommens, weiter in Hamburg zur Schule gehen. Dies ist jetzt nicht mehr möglich.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie steht die Landesregierung zum Problem, das sich für 2012 aus den nicht parallel liegenden Ferienzeiten der Bundesländer Niedersachsen und Hamburg ergibt, und gibt es dazu Klagen von Familien aus der Metropolregion Hamburg?
2. Sind Familien in den niedersächsischen Regionen nahe den benachbarten Bundesländern Schleswig-Holstein, Hessen, Nordrhein-Westfalen und gegebenenfalls den neuen Bundesländern mit Grenze zu Niedersachsen ebenfalls von diesem Problem betroffen? Wenn ja, gibt es dort Ausnahmeregelungen, und wie sehen diese Regelungen aus?
3. Wird die Landesregierung - wie in den Gremien der Metropolregion Hamburg bereits diskutiert wurde - eine oben beschriebene Ausnahmeregelung für betroffene Lehrerinnen und Lehrer schaffen? Wenn nein, warum nicht?

(An die Staatskanzlei übersandt am 13.07.2011 - II/721 - 1064)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Kultusministerium
- 01-01 420/5-1064 -

Hannover, den 08.08.2011

Rechtsgrundlage für die Festlegung der Sommerferien ist § 3 des Hamburger Abkommens. Nach diesem Staatsvertrag werden die Sommerferien in erster Linie nach pädagogischen Gesichtspunkten festgesetzt. Gleichwohl werden auch tourismus- und verkehrspolitische Aspekte berücksichtigt, um eine größtmögliche Staffelung und Entzerrung der Ferientermine und damit der Urlauber- und Verkehrsströme zu erreichen sowie bevorzugte und weniger bevorzugte Ferienzeiträume unter den Ländern gerecht zu verteilen. Um diesen Aspekten gerecht zu werden, werden die Sommerferien in einem „rollierenden“ System festgesetzt. Hierfür sind die Bundesländer in fünf Ländergruppen aufgeteilt; das Land Niedersachsen gehört zur Ländergruppe II, Hamburg zur Ländergruppe I. Für jede Ländergruppe gelten andere Ferienanfangstermine, d. h. die ersten Bundesländer beginnen mit den Sommerferien ca. Mitte Juni, die letzten Bundesländer beenden ihre Sommerferien ca. Mitte September.

Nach der Vereinbarung der Kultusministerkonferenz vom 05.06.2008 über die neue Sommerferienregelung für die Jahre 2011 bis 2017 hat im Jahr 2012 die Feriengruppe I mit Hamburg aufgrund des rollierenden Systems einen ganz frühen Ferienbeginn im Juni, während die Gruppe II mit Niedersachsen Ende Juli beginnt. In den Folgejahren beträgt die Überschneidung beider Feriengruppen aber wieder mehrere Wochen.

Nach Abschluss des Anhörungsverfahrens Ende März 2009 und Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen sind die niedersächsischen Ferienregelungen 2011 bis 2017 mit Erlass vom 21.04.2009 veröffentlicht worden.

Zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und ihrem niedersächsischen Umland bestehen seit Jahrzehnten wechselseitige Beziehungen auf allen Gebieten der Wirtschaft, der Kultur und der Verwaltung. Dazu gehört insbesondere auch der Besuch von Schulen des einen Landes durch Schülerinnen und Schüler des anderen Landes.

Diese Gegebenheit hat in der Vergangenheit zum Abschluss folgender - auch heute noch gültiger - Abkommen Niedersachsens mit Hamburg geführt:

- „Abkommen über die Verbürgung der Gegenseitigkeit und Gleichbehandlung für den Besuch von öffentlichen Schulen“ vom 10.07.1963 und
- „Abkommen über die schulische Versorgung der Kinder aus dem Grundschuleinzugsbereich der ehemaligen Gemeinden Bullenhausen und Over - Landkreis Harburg - in der Grundschule Hamburg-Neuland“ vom 25.10.1973/17.01.1974“.

Nachdem der Besuch von Hamburger Schulen durch Schülerinnen und Schüler aus Niedersachsen stark zugenommen hatte und erheblich mehr niedersächsische Schülerinnen und Schüler nach Hamburg gingen als umgekehrt, forderte Hamburg von Niedersachsen einen Kostenausgleich. Im Zuge der Verhandlungen über das Strukturhilfegesetz vom 20.12.1988 hatte sich Niedersachsen daraufhin durch das „Abkommen über Ausgleichszahlungen für den Besuch von öffentlichen und privaten Schulen in Hamburg durch Schülerinnen und Schüler aus Niedersachsen vom 17.04./07.05.1990“ bereiterklärt, zur Abgeltung der Mehraufwendungen Hamburgs für die niedersächsischen Schülerinnen und Schüler für einen Zeitraum von zehn Jahren einen jährlichen Pauschalbetrag von 11 Mio. DM an Hamburg zu zahlen.

Dieses Abkommen war (also) von vornherein zeitlich befristet und wegen des Zusammenhanges mit dem Strukturhilfegesetz von der Geltungsdauer dieses Gesetzes abhängig. Die Zahlungen an Hamburg sind daher auch mit dem 31.12.1993 eingestellt worden, nachdem Niedersachsen nach Aufhebung des Strukturhilfegesetzes von seinem Kündigungsrecht Gebrauch gemacht hatte.

Hamburg hat zwar auf die Kündigung des Ausgleichsabkommens von 1990 nicht mit der Kündigung des Gegenseitigkeitsabkommens von 1963 reagiert, es hat aber seine Kapazitäten an allgemeinbildenden Schulen für erschöpft erklärt und es abgelehnt, niedersächsische Schülerinnen und Schüler weiterhin unentgeltlich aufzunehmen; eine Aufnahme in Hamburger Schulen erfolgte danach nur noch in Einzelfällen.

Als Folge dieser Situation ist es seinerzeit zu Neuverhandlungen zwischen Niedersachsen und Hamburg mit dem Ziel einer Neuregelung der gegenseitigen Gastschulverhältnisse gekommen.

Diese führten schließlich zum Abschluss des „Abkommens vom 13.06.1996 zur Ergänzung des Abkommens über die Verbürgung der Gegenseitigkeit und Gleichbehandlung für den Besuch von öffentlichen Schulen vom 10.07.1963“. Auch dieses Abkommen sieht grundsätzlich keine finanziellen Leistungen des Landes an Hamburg für die Bereitstellung von Schulplätzen für niedersächsische Schülerinnen und Schüler vor. Lediglich im Interesse der besonders förderungsbedürftigen Kinder, die auf spezielle Förderschulen für Körperbehinderte, für Blinde und Sehbehinderte, für Schwerhörige und für Gehörlose angewiesen sind, hat sich das Land seinerzeit bereiterklärt, diesen den Zugang zu entsprechenden Schulen in Hamburg offenzuhalten und dafür einzeln ausgehandelte Schülerbeträge an Hamburg zu zahlen. Im Übrigen besteht weiterhin die Möglichkeit des kostenlosen Schulbesuchs von Schülerinnen und Schülern des einen Landes an den öffentlichen Schulen des anderen Landes im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten sowie in Härtefällen. Das heißt nur dann, wenn die Aufnahme der Schülerinnen und Schüler nach Abwägung der privaten mit den öffentlichen Belangen zur Vermeidung unzumutbarer Härten erforderlich ist, und dies hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt des Schulweges oder der Betreuung. Ob ein Härtefall vorliegt, entscheidet immer die aufnehmende Schulbehörde, im vorgetragenen Fall also Hamburg.

Der Umstand, dass sich die Sommerferien 2012 in Niedersachsen und Hamburg nur zehn Tage überschneiden werden, stellt für sich genommen noch keine unzumutbare Härte im o. g. Sinne dar. Hier wird von Hamburg auch stets die Betreuungsbedürftigkeit zu prüfen sein, die jedoch in der Regel nur bei Grundschulkindern bejaht werden kann. Letztlich kann es aber im begründeten Einzelfall durchaus zu einer Ausnahmegewilligung durch Hamburg nach dem vorgenannten Abkommen kommen.

Etwas anderes gilt für den Besuch von öffentlichen allgemeinbildenden Schulen in Hamburg durch Schülerinnen und Schüler aus den Ortsteilen Bullenhausen und Over der Gemeinde Seevetal. Diese Schülerinnen und Schüler haben früher nach dem Besuch der Grundschule in Hamburg-Neuland gemäß dem Abkommen von 1973/1974 in der Regel auch weiterführende Schulen in Hamburg besucht. Dies wäre nach dem Zustandekommen des Ergänzungsabkommens von 1996 zu dem Gegenseitigkeitsabkommen von 1963 so nicht mehr möglich gewesen. Im Verhandlungswege verständigten sich das Land Niedersachsen und die Freie und Hansestadt Hamburg schließlich darauf, dass den Kindern aus Bullenhausen und Over auch weiterhin ohne Einschränkung der Weg zu den weiterführenden Schulen in Hamburg offen bleiben soll. Es kam zum Abschluss des „Abkommens vom 26.02.1998 zur Ergänzung des Abkommens über die schulische Versorgung der Kinder aus dem Grundschuleinzugsbereich der ehemaligen Gemeinden Bullenhausen und Over - Landkreis Harburg - in der Grundschule Hamburg-Neuland vom 27.10.1973/17.01.1974“.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich namens der Landesregierung die Fragen im Einzelnen wie folgt:

Zu 1:

Die im Jahr 2012 nur für ca. zehn Tage parallel liegenden Ferienzeiten der Bundesländer Hamburgs und Niedersachsens sind eine Folge der bereits oben beschriebenen Regelungen und Hintergründe des Hamburger Abkommens. Ein Alleingang Niedersachsens bei der Festlegung der Sommerferientermine 2012 außerhalb dieser staatsvertraglichen Vereinbarungen kann jedoch nicht gewollt sein.

Erkenntnisse über Klagen von Familien aus der Metropolregion Hamburg sind der Landesregierung nicht bekannt.

Zu 2:

Es könnten durchaus auch Familien in den niedersächsischen Regionen nahe den Bundesländern Schleswig-Holstein, Hessen, Nordrhein-Westfalen und den neuen Bundesländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern von dieser Problematik betroffen sein. Erkenntnisse hierzu hat die Landesregierung nicht. Vereinbarungen auf Landesebene über die Regelung der Gastschulverhältnisse mit diesen Ländern gibt es nicht.

Die Länder Bremen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gehören zu derselben Feriengruppe wie Niedersachsen.

Zu 3:

In der Vergangenheit hat es keine speziellen Regelungen in den zwischenstaatlichen Vereinbarungen zwischen Niedersachsen und Hamburg für schulpflichtige Kinder von niedersächsischen Bürgerinnen und Bürgern gegeben, die als Lehrkräfte in Hamburg arbeiten. Wie bereits oben ausgeführt, gab und gibt es hingegen eine Härtefallregelung für schulpflichtige Kinder aller niedersächsischen Bürgerinnen und Bürger aus dem Hamburger Umland für z. B. Fälle von unzumutbar langen Schulwegen oder von Betreuungsproblemen mit Grundschulkindern. Über das Vorliegen eines Härtefalles hat stets die aufnehmende Hamburger Schulbehörde zu entscheiden. Für eine Ausweitung dieser Härtefallregelung zugunsten einer einzelnen Berufsgruppe wird keine Notwendigkeit gesehen.

In Vertretung des Staatssekretärs

Jan ter Horst